

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wolfgang Schlegel  
Preußisch-deutsche Geschichte  
als politisch-pädagogisches Problem  
(s. Seite 319)

PHILIP E. MOSELY

## Mythen und Realitäten

### Gefährliche Kremlastrologie

Es mag nützlich sein, an dem achten Jahrestag von Stalins Tod sich einige der irrtümlichen Auffassungen und Täuschungen bewußt zu werden, die die westliche Welt bei der Interpretation der wandelnden Szene unter den Nachfolgern Stalins vielfach irreführt haben. Eine noch so kurze und unvollständige Bestandsaufnahme der Entwicklung der Sowjetunion mag dem amerikanischen Menschen behilflich sein, nun etwas besser die internationale Situation zu begreifen, mit der die gegenwärtige Regierung ihre früheren wie neuen Hoffnungen und Ziele zu überprüfen haben wird.

Ein ständiges Thema der westlichen Analyse der sowjetrussischen Situation beruhte bisher wesentlich auf der Konzeption der ermüdenden, vielleicht sogar tödlichen Kämpfe, die sich innerhalb des diktatorischen Sowjet-Apparates um die entscheidende Herrschaftsstellung abspielen. Eine weit verbreitete Auffassung lautet nun ungefähr folgendermaßen: Ein jedes totalitäre System ist seiner Struktur nach nicht in der Lage, einen legitimen Charakter zu tragen. Dieses System vermag einen geordneten Übergang der absoluten Machtstellung vom jeweiligen Herrscher auf den Nachfolger nicht zu sichern. Ein Kampf auf Leben und Tod um die entscheidende Kontrolle ist in einem solchen System unvermeidlich. Von einer derartigen Voraussetzung ausgehend, erscheint es unvermeidlich, daß die oberste Führungsschicht der Sowjetunion durch fortgesetzte und verzweifelte Kämpfe rivalisierender Führerpersönlichkeiten und einzelner Cliques in sich gespalten ist. Es wird daher angenommen, daß Chruschtschow sich fortgesetzt im Zustand des Kampfes mit verschiedenen Rivalen in dem eigenen staatlichen Lenkungsapparat befindet und daß es deshalb die Aufgabe der „Kreml-

inologie“ sei, diese Rivalen Chruschtschows im einzelnen näher festzustellen und die verborgenen Anzeichen kommender personaler Veränderungen sowie ideologischer Wandlungen zu erkennen.

Eine extreme Interpretation der angeblichen Unbeständigkeit in der Führung der Sowjetunion war im Mai und im Juni des vorigen Jahres in Umlauf. Es wurde angenommen, daß das vehemente Benehmen Chruschtschows auf der zusammengebrochenen Pariser Gipfelkonferenz im Mai des vorigen Jahres auf nicht sichtbare Kräfte in der obersten Spitze der Sowjethierarchie zurückzuführen sei. Es wurde vermutet, daß es sich hierbei um militärische Führer und stalinistische Ideologen gehandelt habe. Weiter wurde angenommen, daß Chruschtschow ursprünglich durchaus bereit war, die durch den amerikanischen Luftzwischenfall (U/II) empfun-

dene Beleidigung zu übersehen, trotz der damals damit verbundenen drastischen Verletzung der russischen Leidenschaft für Geheimhaltung. Chruschtschow habe ursprünglich durchaus die Absicht gehabt, die Pariser Gipfelkonferenz fortzusetzen und ebenso den Besuch des Präsidenten Eisenhower in der Sowjetunion nicht abzusagen. Er sei aber durch eine Koalition von Rivalen innerhalb des Partei-Apparates zu der von ihm dann eingenommenen schroffen Haltung gezwungen worden. Gemäß dieser Interpretation der damaligen Lage war Chruschtschow veranlaßt worden, auf der Pariser Pressekonferenz eine in Moskau hergestellte Presse-Erklärung vorzulesen, wobei der Verteidigungsminister Marschall Malenowski, neben ihm sitzend, streng darüber wachte, daß Chruschtschow bei der Verlesung nicht von dem vorgeschriebenen Text abwich.

### Kampf um die Nachfolgerschaft nach Stalins Tod

Es besteht nun allerdings kein Zweifel, daß ein echter Kampf um die Nachfolgerschaft gleich nach dem Tode Stalins einsetzte. Die Verhaftung und Hinrichtung Berias war ein bedeutender Schritt in der Entmachtung der bisherigen Allgewalt der geheimen Polizei, die viele Jahre lang — mindestens seit 1934 — von Stalin als ein persönliches Instrument der Terrorsübung gegen die eigene Partei benutzt worden war. Die politische Partei hatte nun ohne Zweifel ihrerseits die ihr zugefallenen Machtbefugnisse weithin dazu benutzt, um Stalin in ihrer Weise zu beherrschen, indem sie seine Furcht vor Feinden und seine vielen persönlichen Feindschaften für sich auszunutzen verstand. Die Ausbootung von Malenkov zunächst im Januar 1955 und dann die endgültige Entlassung von Molotow, Kaganowitsch und Malenkov im Juli 1957 dien-

ten dazu, die Kontrolle des Partei-Apparates nun fest in die Hände von Chruschtschow zu legen. Die Versuche des Marschalls Schukow, sein eigenes politisches Prestige innerhalb des sowjetrussischen Führungsapparates auszubauen und zu stärken und die Kontrolle über die Armee allein in der Hand zu behalten, führten im Oktober 1957 zu seinem schnellen Sturz. Die entscheidende Periode, in der Chruschtschow sich die volle Beherrschung des Partei-Apparates sicherte, spielte sich ungefähr in der Zeit zwischen der Mitte von 1954 und dem Ende von 1957 ab. Diese Etappe im Prozeß der völligen Machtergreifung ist gekennzeichnet durch die berühmt gewordene Anklagerede Chruschtschows gegen die Willkürherrschaft Stalins auf dem 20. Parteikongreß im Februar des Jahres 1956.

## Neuer „Stil“ der Machtausübung

Im wesentlichen ähnelt die Struktur des von Chruschtschow ausgeübten Herrschaftsregimes den Methoden, die Stalin anwandte; aber der „Stil“ der chruschtschowschen Machtausübung unterscheidet sich sehr von der stalinischen. Chruschtschow macht ähnlich wie Stalin bei der Ernennung und Beseitigung der Mitglieder des Parteipräsidiums wie des zentralen Parteisekretariats vollen Gebrauch von seiner Macht. Es ist offensichtlich, daß spätestens seit dem Ende des Jahres 1957 Chruschtschow in den Kreis seiner engen Mitarbeiter nur Männer seiner persönlichen Auswahl berufen hat und hierbei keineswegs Einflüsse von Gruppen oder Cliquen außerhalb seines Kontrollbereichs mitwirken. Chruschtschow hat ferner den maßgebenden Einfluß und die Kontrolle der Partei über den militärischen Apparat und die Geheimpolizei wesentlich verstärkt. Darüber hinaus hat er die maßgebenden Positionen in den verschiedenen Sowjetrepubliken und den Verwaltungsbezirken mit seinen Vertrauensmännern besetzt und damit sich die Kontrolle über den gesamten Partei-Apparat gesichert. Durch die regionalen Organisationen der Partei konnte Chruschtschow weiterhin die Zusammensetzung des kommunistischen Parteikongresses bestimmen. Es ist das in der personellen Zusammensetzung von ihm bestimmte Parteipräsidium, das die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei auswählt. Ob nun Chruschtschow zu der von Stalin geübten alleinigen Verwendung der Geheimpolizei zurückgekehrt ist, oder ob er die Kontrolle über diesen entscheidenden Machtapparat mit den Mitgliedern des Präsidiums teilt, bleibt zunächst in Dunkel gehüllt. In jedem Fall bietet gegenwärtig weder das Präsidium noch die Geheimpolizei auch nur den geringsten Anhaltspunkt für etwaige Rivalen um die Führerschaft.

Da nur die Struktur der Kontrolle im wesentlichen in der Sowjetunion unverändert die gleiche wie in der Vergangenheit geblieben ist, stellt sich die Frage, in welcher Weise nun und aus welchen Gründen Chruschtschow den „Stil“ des Regimes und die Atmosphäre der Sowjet-herrschaft geändert hat. Zweifellos läßt Chruschtschow eine freiere Meinungsäußerung innerhalb seiner Umgebung zu. Es finden offene Diskussionen über die aktuellen Fragen der Regierungstätigkeit statt, noch bevor Chruschtschow die endgültige Entscheidung getroffen hat. Dies war der Fall, als in der diesjährigen Januarsitzung des Zentralkomitees ausführlich über die Reform der Landwirtschaft diskutiert wurde. In dieser Hinsicht ist Chruschtschow, wie er dies für sich in Anspruch nimmt, zu einem eher leninistischen Arbeitsstil zurückgekehrt. Wichtige Entscheidungen wie z. B. die Herabsetzung der Heeresstärke, die Erhöhung der Kapitalinvestitionen für die Landwirtschaft, die Verschärfung der Bestimmung über die Zulassung zur höheren akademischen Ausbildung, alle diese Fragen sind vielfach und eingehend in der Öffentlichkeit erörtert worden, obwohl nach wie vor die letzten und grundlegenden Entschei-

dungen allein von dem Parteisekretariat, dem Ministerrat und dem Präsidium der KPdSU getroffen werden, die nun ihrerseits Chruschtschow verantwortlich sind und in ihrer personellen Zusammensetzung von Chruschtschow bestimmt werden. Bedeutet nun eine derartige Entwicklung etwa eine Ausweitung der Toleranz-Marge oder eine Ermutigung zu weitgehenden, offenen Erörterungen der Ziele, Programme und Methoden der Sowjetunion, wie dies von der Seite einiger „Analytiker“ behauptet wird? Hat nun wirklich Chruschtschow zugelassen, daß ihm die Zügel der Macht aus der Hand genommen werden? Werden etwa die Entscheidungen im Parteipräsidium nach der Stimmzahl getroffen? Ist es heute möglich, daß Chruschtschow von seinen Kollegen, die er selber auf ihren Posten gesetzt hat, etwa überstimmt wird? Ist es ferner denkbar, daß heute Mitglieder des Präsidiums die Möglichkeit haben, innerhalb des Präsidiums Gruppen für und gegen Chruschtschow zu bilden und über die Abstimmung vorhergehende Abreden zu treffen?

Angesichts des Mangels verlässlicher Informationen über die inneren Vorgänge, die sich in dieser Sphäre äußerster Geheimhaltung abspielen, haben naturgemäß fragwürdige Vermutungen aller Art freien Raum. So wurde zeitweise Suslow, der Wächter über die ideologische Reinheit der Lehre, als der Führer einer gegen Chruschtschow gerichteten stalinistischen Intrige angesehen. Dann tauchen wieder andere Namen auf. So wurde Marschall Malenowski

als ein potentieller Rivale Chruschtschows genannt, obwohl der Marschall nicht einmal Mitglied des Präsidiums der Partei ist.

Wie jeder absolute Herrscher, braucht auch Chruschtschow offene Diskussionen über vorliegende Programme, um seine Ziele zu erreichen. Jedoch als Haupt der kommunistischen Partei sind ihm die Mittel wohlbekannt, um etwa auftretende Gruppierungen innerhalb des Partei-Apparates ebenso nachdrücklich zu unterdrücken, wie dies Lenin und Stalin taten. In ganz anderer Weise als Stalin in den letzten Jahren seiner Herrschaft regierte, hat Chruschtschow sich veranlaßt gesehen, nur die allgemeinen großen Richtlinien seiner Ziele und Programme festzulegen, die Einzelheiten jedoch seinen wichtigsten Untergebenen zu überlassen, wobei er sich stets vorbehält, die effektive Durchführung dann persönlich zu überprüfen. Es bedeutet aber eine erhebliche Unterschätzung seiner Willenskraft und seiner Erfahrung sowie seiner tatsächlichen Machtausübung, wenn angenommen wird, daß diese aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgte Arbeitsteilung und die Delegation einzelner operativer Verantwortlichkeiten an einzelne Instanzen in irgendeiner Weise nun zu bedeuten hat, daß Chruschtschow sorglos geworden ist, daß die Zügel der Herrschaft ihm entgleiten und daß er nur eine manipulierte Puppenfigur von streitenden, rivalisierenden Gruppen geworden sei. Eine derartige Auffassung würde eine Unterschätzung der Geschicklichkeit und der Entschlossenheit bedeuten, die Chruschtschow immer wieder bei der Verfolgung der Ziele der Sowjetunion gezeigt hat.

## Gelenkte Gerüchte über innere politische Verwundbarkeit

Es waren Emissäre der Sowjetunion, die in angeblich vertraulichen Gesprächen die Gerüchte verbreiteten, daß Chruschtschows Machtstellung keineswegs mehr absolut oder gesichert sei. Derartige Gerüchte wurden meist mit folgenden Formulierungen in Umlauf gesetzt: „Unser Ministerpräsident muß zu Hause bei uns mit einer harten Opposition bei seinen Bemühungen zu einer Entspannung mit Amerika (oder England oder Frankreich oder gemäß der jeweiligen Gesprächspartner) rechnen“ — „unser Ministerpräsident braucht nun einen konkreten Nachweis, daß er in seiner politischen Führung der Dinge recht habe und die Stalinisten unrecht“.

Von derartigen propagandistischen Formulierungen aus ist es naturgemäß nur ein Schritt zu der Annahme, daß die westliche Welt heute in aller Ruhe einiger ihrer Positionen und Programme wie Westberlin, die Pläne zur Stärkung der NATO, Formosa — aufgeben könne, um auf diese Weise das Weiterleben des „kooperativen“ Herrn Chruschtschow zu sichern und von vornherein die Machtergreifung durch einen noch nicht nennbaren, möglichen militärischen Rivalen Chruschtschows zu verhindern.

In der Vergangenheit waren die Sprecher der Sowjetunion die letzten, die es wagten, zu so gefährlichen Fragen wie dem Kampf um die Macht innerhalb der Kreml-Hierarchie Stellung zu nehmen. Diese Männer suchten mit allen Mitteln, Einzelgespräche mit etwaigen Zeugen zu vermeiden, verneinten heftig alle Anzeichen etwaiger Meinungsverschiedenheiten im eigenen Hause und zeigten in ihrem Verhalten und in ihren Äußerungen die allergrößte Vorsicht. Die kürzlich in Umlauf gesetzte Flüsterkampagne ist offenbar dazu bestimmt, den Weg für einseitige Zugeständnisse des Westens an die Sowjetunion freizumachen, statt etwa den Schleier über die Geheimhaltung der Sowjets auch nur im geringsten zu lüften. Diese äußerst bewegliche, neue Taktik der Sowjetunion muß als Zeichen der Stabilität und Selbstsicherheit gewertet werden. Nur ein sich stark fühlender, von Vertrauen erfüllter Sowjetführer kann es sich erlauben, derartige selbst in die Welt gesetzte Gerüchte über seine innere politische Verwundbarkeit in eigenen Nutzen zu verwandeln.

## Justiz unter der Kontrolle der Regierung

Der von Chruschtschow eingeführte neue „Stil“ der Regierung zeigt nun einige wohl-tätige Züge insofern, als der politische Terror als Erscheinung des täglichen Lebens angeblich nachgelassen hat. Große Popularität hat Chruschtschow innerhalb des Partei-Apparates und darüber hinaus in der ganzen Bevölkerung der Sowjetunion durch sein Verständnis für das Bedürfnis nach individueller Sicherheit und nach unparteiischer Gerechtigkeit gewonnen. Von hier aus ist es jedoch ein weiter Gedankensprung, anzunehmen, wie dies manche Kommentatoren des Westens ohne jedes Zögern tun, daß das System der politischen Machtausübung und der repressiven Maßnahmen geschwunden sei. Nach dieser allzu optimistischen Betrachtungsweise stehen einer ständigen Entwicklung des Sowjetsystems in der Richtung auf den Status der vollen Freiheit der Person, der Meinungsäußerung und schließlich sogar der aktiven politischen Freiheit keine Hindernisse mehr im Wege. Entspricht nun dieses idyllische Bild tatsächlich der heutigen Wirklichkeit?

Die Lage ist heute nun die, daß die Industrie-Manager, die Leiter der Kolchosen, die Künstler, Schriftsteller und die Parteifunktionäre ein plötzliches Verschwinden entweder in der Gestalt eines Aufenthaltes im Gefängnis oder der Hinrichtung oder der Exilierung in ein Arbeitslager oder eines zwangsweise zugewiesenen Aufenthaltsorts nicht mehr fürchten. In einem erheblichen Ausmaße ist die Atmosphäre des Terrors geschwunden. Bedeutsame Verbesserungen sind in der Verwaltung der Justiz durchgeführt worden. Durch die Justizreform der letzten zwei Jahre wurde eine bedeutsame Trennung der Funktionen der Untersuchung der gerichtlichen Verfolgung und des Gerichtsverfahrens vorgenommen. Früher lagen die Voruntersuchung, die Verhaftung, das gerichtliche Verfahren und die Verurteilung allein in den Händen der Geheimpolizei. Heute kann dagegen der gewöhnliche Staatsbürger in der Sowjetunion erwarten, daß das von der Polizei entweder auf geheimen oder auf dem formalen Wege angesammelte Anklagematerial von einem Staatsanwalt geprüft wird und dieser nun entscheidet, ob ein Verfahren eingeleitet wird oder nicht. Das Verfahren wird dann normalerweise vor einem Gerichtshof durchgeführt, der in administrativer Hinsicht getrennt von der Polizei und Staatsanwaltschaft besteht. Allerdings befinden sich selbstverständlich alle diese drei Arme der Justiz unter der Kontrolle der Regierung, somit unter der direkten Leitung des Partei-Apparates. Alle diese drei Funktionäre der Justiz unterliegen der letzten Bestimmung durch die oberste Parteiinstanz und sind der ständigen Forderung der Partei auf „Wachsamkeit“ verantwortlich, gleichgültig, ob es sich um Spekulanten in Datschn und Autos, um Verbreiter „westlicher Propaganda“ oder um Raufbolde oder Betrüger handelt. Der Theorie nach hat der Angeklagte das Recht, die Dienste eines Ratgebers für sich in

Anspruch zu nehmen. Ob tatsächlich in der Praxis solche Ratgeber zur Verfügung stehen und bereit sind, ist eine andere Frage. Rechtsanwälte, die die Verteidigung übernommen haben, sind öfter von der Partei bestraft worden, weil sie in der Verteidigung ihres Klienten einen als überflüssig angesehenen Eifer zeigten. Außerhalb der zivilen Gerichtshöfe bestehen nun auch weiterhin die Militärtribunale, die die Macht haben, einzelne Fälle unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit in größter Geheimhaltung zu behandeln. Gerichtsurteile werden nur selten veröffentlicht, außer in Fällen, wo damit eine öffentliche Verwarnung etwaiger potentieller Missetäter verbunden ist. Trotz aller dieser Mängel, die in einem echten Rechtssystem untragbar sind, bedeutet zweifellos die neue Reform des Justizwesens eine er-

hebliche Verbesserung gegenüber der Lage zur Zeit der Tage Stalins. Dies gilt besonders für nichtpolitische Missetaten.

In der Vergangenheit hat eine Anzahl von Autokratien, bei denen keine Spur einer dogmatischen Ideologie festzustellen war, versucht, für ihre Untertanen ein Gerechtigkeit garantierendes permanentes System zu schaffen, und zwar in die Einsicht, daß die Ungerechtigkeit eine Quelle ernsthaften Schadens für den Staat selbst bedeute. Jede zu Unrecht verurteilte Person bedeutet einen unmittelbaren Verlust von Vertrauen in den Staat. Die Furcht vor unvorhersehbarer Strafe bringt im Gefolge zahlreiche andere Schäden mit sich wie die Furcht, Verantwortung auf sich zu nehmen, Enttäuschung, Apathie und schließlich Korruption des Regierungsapparats.

## Geheimpolizei weiterhin aktiv

Die neue Sowjetführungsschicht hat nun keineswegs, wie vielfach außerhalb der Sowjetgrenzen vorzeitig angenommen wurde, das „strafende Schwert“ niedergelegt. Die Geheimpolizei ist in der Sowjetunion weiterhin aktiv am Werk. Sie wacht nach wie vor über allem und nimmt von allem Kenntnis. Jeder gewöhnliche Sowjetbürger, insbesondere die, die das Alter von 35 überschritten haben, erinnern sich noch an frühere Perioden, als zwar der Druck der Polizeiherrschaft, nicht aber die Wachsamkeit der Polizei gelockert wurde, und dieser Bürger weiß, daß auch heute noch anscheinend unschuldige Bemerkungen und unterschobene Motive zu einem späteren Zeitpunkt gegen ihn vorgebracht werden können — zu einem Zeitpunkt, wenn das Pendel der Entwicklung wieder erneut in die Richtung auf verschärfte „Wachsamkeit“ zu schwingen beginnt.

In den letzten zwei Jahren ist in der Sowjetunion eine neue Waffe gegen diejenigen Elemente geschaffen worden, die man als „antisozial“ betrachtet. Auf Beschluß der Wohnungs-

inhaber eines Wohnblocks, naturgemäß unter Führung und auf Veranlassung der dortigen Parteimitglieder, kann nun ein als „unproduktiv“ erklärtes Mitglied der Gesellschaft aus seiner Wohnung ausgewiesen werden und den Befehl erhalten, sich erst an einem mindestens 100 km entfernt liegenden Ort niederzulassen. In den letzten Monaten ist in einigen Zeitungsartikeln und in Briefen immer wieder verlangt worden, daß diese Form der „Wachsamkeit“ häufiger angewandt werde. Offensichtlich ist dieser Typus des „Exils durch populäres Dagegen“ dazu bestimmt, die besonderen Bestimmungen des Gesetzes zu ergänzen, indem die Drohung der Verbannung über sozial unerwünschte Elemente wachgehalten wird. Die Darstellung, daß die Sowjetführung sich nun entschlossen hat oder getrieben wurde (durch welche Kräfte?) die Polizeikontrolle aufzugeben und den Weg für jede Art von Initiative von unter herauf freizumachen, ist zwar ein äußerst ansprechendes Bild, das jedoch kaum der heutigen Sowjetwirklichkeit entspricht.

## Stolz auf wirtschaftliche Errungenschaften

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß der ständige, wenn auch bisher keineswegs sensationelle Anstieg in der Lebenshaltung der Bevölkerung der Sowjetunion, eher früher als später, zu einer Unterminierung des diktatorischen Charakters des Sowjetregimes führen werde. Es wird hierbei angenommen, daß Menschen, die besser ernährt und besser gekleidet sind, besser wohnen und überhaupt prosperieren, größere geistige Anforderungen an das Regime stellen werden. Solche Menschen würden, so wird vermutet, das Recht der eigenen Meinungsbildung für sich in Anspruch nehmen und möglicherweise sogar die Rechtmäßigkeit einer eigenen Meinungsäußerung gegenüber den

staatlichen Behörden in dem Sinn, was diese nun zu tun und etwa nicht zu tun hätten, verlangen.

Zweifellos ist der Anstieg der Lebenshaltung der Bevölkerung der Sowjetunion seit 1953 eine bedeutsame und in hohem Maße begrüßenswerte Entwicklung. Seit dem Tode Stalins hat eine durchaus erhebliche Besserung in der Nahrungsversorgung stattgefunden. Die vielen Stunden, die die Bevölkerung mit dem Schlängestehen vor den Geschäften verwenden mußte, sind gekürzt worden. Die sowjetrusische Hausfrau weiß heute, daß sie in den Geschäften das finden kann, was sie zur Ernährung ihrer Familie benötigt. Die Kosten der

Nahrungsmittel sind allerdings im Vergleich zu dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung noch immer hoch, und die Qualität und die Vielfalt der angebotenen Lebensmittel sind im Vergleich zu den Maßstäben des Westens und den Wünschen der Sowjetbevölkerung eher als armelig zu bezeichnen. In den Großstädten steht Bekleidung in verhältnismäßiger Menge zur Verfügung. Die Preise, die zwar noch immer hoch sind, wurden ungefähr auf die Hälfte herabgesetzt, die Qualität wurde verbessert, hauptsächlich durch die Einfuhr höher qualifizierter Waren aus China, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei. In Moskau kann heute der Käufer freie Auswahl nach Qualität und Stil treffen, anstatt wie früher gezwungen zu sein, das anzunehmen, was ihm angeboten wurde. Preisherabsetzungen und Ausverkäufe, die früher als inferiore Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems verschrien waren, sind heute auf Einzelfaktoren, wie Fernseh- und Radio-Apparate und Schuhe eingeführt worden.

Der Wohnungsbau, lange Zeit hindurch das größte Sorgenkind des sowjetrussischen Volkes, wird in beeindruckendem Ausmaße vorangetrieben, vor allen Dingen in den 150 wichtigsten Industriezentren. Nach dem 1957 aufgestellten Programm werden Millionen von Staatsbürgern von ihren alten, verfallenen Behausungen nach dem „Ein-Raum-pro-Familie-Standard“ in neue, saubere, wenn auch keineswegs elegante Wohnungen von zwei, drei oder sogar vier Räumen überführt. Nichts kann mit dem befriedigenden Stolz und der

Freude verglichen werden, die die Sowjetmenschen hierbei erfüllt.

Die Bevölkerung der Sowjetunion nützt das Anwachsen der Kaufkraft des Geldes nun in vollem Maße aus. Die Bauern erhalten dadurch einen größeren Geldbetrag und sind in die Lage versetzt, andere, bisher nicht gewohnte Dinge zu kaufen. Die Reform von 1956 hat den Alterspensionären, die bisher zu einem armseligen Lebensabend verurteilt waren, jetzt nun doch eine erträgliche Einkommensbasis geschaffen, die noch durch gewisse Renten und freie ärztliche Behandlung unterstützt wird. Parallel damit wurde der Mindestlohn auf 300 Rubel (30 neue Rubel) von 1951 erhöht und damit die Kaufkraft von fast einem Drittel der arbeitenden Stadtbevölkerung verstärkt. Auf der anderen Seite aber werden erfolgreiche Kolchosen unter Druck gesetzt, ihre Erträge mit schwächeren Nachbarkolchosen zu teilen. Auf dem Agrargebiet sind seit 1955 nur wenige größere Preissenkungen vorgenommen worden. Immerhin steigt das Durchschnittseinkommen der Sowjetbürger in erheblichem Maße und wird auch weiter ansteigen, insofern, als die persönliche Einkommenssteuer graduell beseitigt wird, jedoch nicht die weit schwerer zu tragenden Verkaufssteuern. Immerhin wird die Sowjetbevölkerung, die so lange und so schwer unter den Zerstörungen des Krieges und der Nachkriegszeit zu leiden hatte, jetzt in die Lage versetzt, einen größeren Anteil an den Ergebnissen der eigenen Arbeit und der erzwungenen Ersparnisse für Zwecke der Investitionen zu erhalten.

## Auswirkungen des höheren Lebensstandards auf Innen- und Außenpolitik

Für die Welt außerhalb der Sowjetunion besteht nun aber nach wie vor die eine große Frage: Wird die verbesserte Lebenshaltung dazu führen, daß der Kreml die bisherige allgemeine Linie seiner inneren und äußeren Politik wandelt? Wird die verbesserte Lebenshaltung dazu führen, daß das Sowjetregime seine internationalen Ambitionen, die in der Deklaration der 81 kommunistischen Parteien auf der Warschauer Dezemberkonferenz 1960 und von Chruschtschow in seiner programmatischen Rede vom 6. 1. 1961 verkündet wurden, wandelt?

Seit 1953 hat der Kreml einen größeren, wenn auch immer noch bescheidenen Anteil an den allgemeinen Einkünften für die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die sowjetrussischen Einnahmequellen werden von vielerlei Seiten in oft widerstreitenden Anforderungen in Anspruch genommen. Auf seiner Reise durch die Vereinigten Staaten im Jahre 1959 versprach Chruschtschow ein bedeutsames Ansteigen der für die Herstellung von Verkaufsgütern benötigten Kapitalien. Er kündigte für den Januar 1961 weitere erhebliche Kapitalbeträge an. Jedoch können die hierfür benötigten Kapitalbeträge nur dann gefunden werden, wenn auf anderen Sektoren der staatlichen Planung, wie z. B. auf

dem Sektor der Schwerindustrie, des Militärbudgets und auf dem Sektor des immer noch bescheidenen Programms der auswärtigen Wirtschaftshilfe bestimmte Einschränkungen vorgenommen werden. Es darf hierbei nicht vergessen werden, daß der Prozeß der Entwicklung der „leichten Industrie“ sich durchaus langsamer vollzieht als das Anwachsen der Schwerindustrie.

Im Jahre 1960 entschloß sich eine Zeitung der Sowjetunion zu einem höchst ungewöhnlichen Schritt. Das Blatt druckte einen „Brief an den Herausgeber“ ab, in dem die Frage gestellt wurde, ob es nicht besser wäre, weniger für den Bau von Sputniks und mehr für den Wohnungsbau auszugeben. Natürlich wurde der ungenannte Verfasser des Briefes sofort von der offiziellen Propagandamaschinerie angeklagt, wobei bestritten wurde, daß hier überhaupt eine Konfliktslage vorliege. Die Sowjetbürger, die jetzt endlich die ersten Anzeichen für die seit langem versprochene bessere Lebenshaltung erleben, erwarten naturgemäß sehnsüchtig den Tag, an dem nach den Versprechungen von Chruschtschow die sowjetrussische Lebenshaltung die des amerikanischen Volkes übertroffen haben wird. Selbstverständlich würden die heute lebenden Russen mit großer Freude erfüllt sein,

wenn ihre Lebenshaltung die Westdeutschlands oder der Tschechoslowakei erreicht hätte. Die Schlagworte von „Prosperität“ und „Friede“ üben in der Sowjetgesellschaft eine mächtige Wirkung aus, ebenso wie auch anderswo. Aber die Wirkung dieser Schlagworte ist naturgemäß in der Sowjetunion doch eine ganz andere als in Ländern, in denen freie, repräsentative Institutionen ihre Geltung haben.

Ein sichtbares Ergebnis der in der letzten Zeit eingetretenen Besserungen der Lebenshaltung ist offensichtlich die Popularität von Chruschtschow, die einen von Stalin niemals erlebten Höhepunkt erreicht hat. Sein Eifer, sich unter das Volk zu mischen, seine Bereitschaft, immer wieder seine politischen Pläne und Ziele zu erläutern, seine volkstümlichen Manieren, all das bringt ihm weithin Popularität im Volke ein. Eine weitere Folge der Verbesserung der allgemeinen Lebensbedürfnisse ist ferner in der wachsenden Glaubwürdigkeit zu sehen, die die Sowjetpropaganda unter dem Volk im allgemeinen findet. In früheren Zeiten, als Stalin erklärte, die Sowjetunion habe die höchste Lebenshaltung in der ganzen Welt erreicht, reagierten seine Untertanen instinktiv nur mit Furcht vor neuen Opfern und neuen Unterdrückungen. Abgesehen von einigen Berufsgruppen und den industriellen Managern, die unter Stalin einen höheren Lebensstandard erreichten, sah die Masse des Volkes keine Anzeichen für eine Bestätigung seiner kühnen Behauptungen. Die Skepsis, die das Volk der heimatlichen Propaganda entgegenbrachte, übertrug sich damals auch auf die Sphäre der internationalen Politik.

Im allgemeinen sind, so erklären jedenfalls die „Analytiker“ der öffentlichen Meinung, die Menschen über diejenigen Ereignisse, an denen sie unmittelbar Anteil nehmen und die sie unmittelbar beobachten können, am besten unterrichtet. Dagegen finden es die Menschen schwierig, sich ein unabhängiges Urteil über die generellen Angelegenheiten des eigenen Volkes zu verschaffen. Außer denjenigen Ländern, in denen die Menschen Zugang zu dem fortgesetzten Strom von verlässlichem Informationsmaterial haben, finden es die Menschen schwierig, sich ein verlässliches Urteil über Ereignisse und Probleme der äußeren Welt zu bilden. Das wachsende Vertrauen, mit dem heute die Sowjetmenschen die Worte ihres Ministerpräsidenten in allen inneren Angelegenheiten akzeptieren, überträgt sich auch auf den Glauben, mit dem sie sein Bild der Welt Ereignisse anzunehmen bereit sind. Anstatt nun den Wunsch nach freiem Zugang zu den Informationsquellen und freier Meinungsäußerung zu stärken, hat die steigende Lebenshaltung offenbar zur Folge, daß das allgemeine Vertrauen in die Propaganda der Partei gestiegen ist. Das Ansteigen der allgemeinen Lebenshaltung hat schließlich Chruschtschows Verfügung, die Energien und die Treue seines Volkes zu mobilisieren, weiter über sein außenpolitisches wie innenpolitisches Programm hinaus gestärkt.

## Das Verhältnis neuer Bildungsschichten zum Regime

Heute stellt sich die Frage, ob die ideologische Herrschaft der Partei durch die bemerkenswerte Ausdehnung der mittleren und höheren Bildung auf breitere Schichten des sowjetrussischen Volkes unterhöhlt wird, wenn tatsächlich das langsame, wenn auch ständige Anwachsen des materiellen Wohlstandes dazu geführt hat, daß eine der Hauptquellen der Spannung zwischen den Führern und den Geführten sich gelöst hat. Einige Beobachter der sowjetrussischen Entwicklung erklären, daß das Sowjetregime heute dabei sei, sich sein eigenes Grab zu graben. Die Ausdehnung der Bildung auf weitere Volksschichten wird nach ihrer Auffassung dazu führen, daß nicht nur eine größere Anzahl von Menschen in die Lage versetzt wird, dem System in wirkungsvollere Weise zu dienen, sondern daß darüber hinaus unvermeidlicherweise der Geist unabhängigen, fragenden Denkens und kritischen Urteilens um sich greifen werde und damit früher oder später die ideologische Kontrolle der Partei zerstört werde. Zweifellos liegen selbst auf dem Wege der streng kontrollierten Sowjetpresse sichtbar gewordene Anzeichen für aufgetretene Erscheinungen der Skepsis und Meinungsverschiedenheiten vor. Offensichtlich waren viele Studenten durch die Ereignisse des Jahres 1956 in Ungarn tief erschüttert — jedenfalls in Moskau und Leningrad. Es hat Studenten gegeben, die Zweifel an der offiziellen Erklärung der Regierung äußerten, nach der der Volksaufstand in Ungarn auf „imperialistische Intrigen“ zurückzuführen sei.

Die im Verhältnis zur Sowjetunion erheblich freiere Interpretation des Marxismus in Polen, ist nicht ohne Rückwirkung in der Sowjetunion geblieben. In den großen russischen Städten sind heute auswärtige Delegationen und Touristen zu einem alltäglichen Anblick geworden. Die offiziell geförderten Kanäle der Information, wie die amerikanische Ausstellung von 1959 und die polnische Kunstausstellung, sind nicht ohne weitreichenden Einfluß auf die Bevölkerung geblieben, obwohl die amtlichen Stellen alles unternommen hatten, um die Ausstellungen in dem Sokolnikipark zu diskreditieren, bevor sie noch eröffnet wurden.

Chruschtschows Wutausbruch im November 1958 gegen Studenten, die Zweifel und abweichende Meinungen äußerten, war schließlich nicht ohne Ursache. Chruschtschow ist sich bewußt, daß gerade innerhalb der jungen Generation, die seit der letzten Säuberungswelle aufgewachsen ist, Tendenzen vorliegen, über den amtlich zugelassenen Rahmen des offiziellen Parteidogmas hinauszugehen. Es kommt immer wieder vor, daß Studenten der Parteiideologie gegenüber Langeweile zeigen, dagegen äußerst bereit sind, sich andere Informationen zu verschaffen, als sie ihnen durch die offiziellen Kanäle geboten werden. Die Forderung, die Chruschtschow im Jahre 1958 aufstellte, nach der alle Studenten vor dem Abschluß der höheren Ausbildung sich einem „produktiven“ zweijährigen Arbeitseinsatz in einer Fabrik oder einer Kolchose

zu unterziehen haben, war schließlich nur der Ausdruck seines Ressentiments und seiner Beunruhigung angesichts der Haltung, die nun ein Teil der Studentenschaft gegenüber der offiziellen Parteipropaganda einnimmt. Als die Anordnungen von Chruschtschow, beginnend mit dem akademischen Jahr 1959/60, in die Praxis umgesetzt werden sollten, wurde tatsächlich auf den angeordneten Arbeitseinsatz für Studenten des Ingenieurfachs, der geistigen Wissenschaften und der Medizin sowie für die Studenten der Technologie aller Art verzichtet. Die volle Last dieser neuen Regelung haben daher diejenigen Studenten zu tragen, die ihre wissenschaftliche Ausbildung auf solchen Gebieten suchen, die von besonderer ideologischer Bedeutung sind, wie soziale Wissenschaften, Humanismus, Rechtswissenschaft und Journalismus. Die wichtigste Bestimmung dieser neuen Regelung besteht nun naturgemäß darin, daß jeder Student nach seinem zweijährigen Arbeitseinsatz für „produktive Arbeit“ eine politische Empfehlung einer „sozialen Organisation“ vorweisen muß, worunter tatsächlich nur die kom-

munistische Partei oder die kommunistische Jugendorganisation gemeint sind. Im Jahre 1958 erklärte Chruschtschow, daß jeder Student, der Unzufriedenheit mit dem Sowjetsystem zeigt, aus der akademischen Welt ausgestoßen werden soll, um den Söhnen oder den Töchtern von Bauern und Arbeitern Platz zu machen, die ein echtes Verständnis für das ihnen vom Staat gewährte Privileg der höheren wissenschaftlichen Ausbildung besäßen.

Der Geist der Unzufriedenheit und des forschenden Suchens wie der abweichenden Meinung wird selbstverständlich in jedem totalitären System ein eigenständiges Leben führen. Denn das Bedürfnis nach individueller Urteilsbildung und nach Aufrichtigkeit ist tief in einem jeden Menschen verwurzelt. Dieser Geist des fragenden Zweifels und der eigenen Meinungsbildung hat vermutlich in der Sowjetunion verschiedene Wurzeln, entspringt der Langeweile, Familientradition, dem Einfluß der großen russischen Literatur oder der Wirkung erlittenen Unrechts.

### Wissenschaftlicher Fortschritt und ideologischer Konformismus

Das Problem der Nutzbarmachung des wissenschaftlichen Fortschritts für die ideologische Gleichförmigkeit des kommunistischen Denkens ist in der Sowjetunion kein neues Problem. Es bestand in den verschiedensten Formen von Anbeginn des kommunistischen Regimes. Die kommunistische Partei und ihre einzelnen Organe haben im Laufe ihrer Herrschaft verschiedene Wege und Mittel entwickelt, um die junge Generation auf den Weg orthodoxer Karrieren zu leiten, die vom Staat hoch honoriert werden und gefährlichen Gedankengängen nicht ausgesetzt sind. Aber jede staatliche Kontrolle kann niemals den Grad voller Perfektion erreichen, und Unterdrückung potentieller Meinungsverschiedenheit führt zu Folgerungen und verlangt einen Preis, wenn auch dieser Preis heute geringer ist als zu Stalins Zeiten. Nach wie vor besteht in der Sowjetunion das Problem, wie man eine „uniforme, nicht diskutierbare“ Propaganda derart gestaltet, daß sie für die jungen Menschen nicht nur interessant, sondern auch schmackhaft ist, nachdem die Propaganda ihren anfänglichen Heiligenschein wissenschaftlicher Unfehlbarkeit verloren hat. Deutlich kam diese Entwicklung in dem langen und ermüdenden amtlichen Dekret über die Führung der Propaganda zum Ausdruck, das im Januar 1960 veröffentlicht wurde.

Ausländische Beobachter gewinnen immer mehr den Eindruck, daß intellektuelle Fragestellungen sich hauptsächlich in den wenigen großen Städten ausbreiten und im wesentlichen auf die soziale Schicht der Söhne und Töchter hochgestellter, verantwortlicher Kommunisten beschränkt ist. Dieses Bedürfnis nach besserer Un-

terrichtung — als die offiziellen Kanäle es ermöglichen — und der Geist des fragenden Forschens nehmen häufig die Form des Wunsches an, sich selbst über alles unterrichten zu können und selbst sich durch Lektüre zu überzeugen. Es kommt darin ein wachsender Verdacht zum Ausdruck, daß die von der kommunistischen Partei vorgenommene Auswahl des Informationsmaterials keineswegs vollständig und nicht immer sehr intelligent sei. Bei einigen jungen Menschen äußert sich dieser Drang in dem Wunsch nach größerer Mannigfaltigkeit und Farbe in dem grauen Leben des Alltags oder nach den faszinierenden Werken der Literatur, der Kunst und intellektueller Erzeugnisse, wie sie der Westen besitzt und auch „freundschaftliche Staaten“ wie Indien. Bei anderen jungen Menschen tritt dieses Bedürfnis in einer weniger attraktiven Gestalt zu Tage wie in dem Verhalten des besonderen Typus der Nachkriegsjugend, die als die „stiliagi“ oder die „teddyboys“ bekannt sind, und die versuchen, die Manieren, die Kleidung und den Haarschnitt ihrer westlichen Altersgenossen nachzuäffen. Selbstredend versucht die Sowjetpropaganda, dieses Interesse an westlichen Formen den Launen und der Mode dieser „stiliagis“ gleichzusetzen und dann diese jungen Menschen als „hooligans“ abzutun — ein amerikanischer Ausdruck, der bereits seit langem in Rußland nationalisiert worden ist.

Angesichts der allgemeinen offiziellen Betonung der völligen Übereinstimmung der Meinung und der Haltung, die sich sogar bis zu lokalen puritanistischen Versuchen ausdehnt, buntfarbige Sporthemden und weibliche Hosen auf den sonst so eleganten Promenaden von

Sochi zu verbieten, würde es nun tatsächlich merkwürdig sein, wenn nicht einige mutige, geistig lebendige junge Menschen ihre „Unterschiedlichkeit“ von der übrigen Masse auf verschiedenen Wegen deutlich zum Ausdruck bringen würden, wobei einige das in einer mehr intellektuell betonten Weise ausdrücken als andere. Im großen und ganzen jedoch scheint die Sowjetjugend in hohem Maße „konformistisch“ zu sein. Es darf nicht übersehen werden, daß die akademische Schulung auf denjenigen Gebieten, die politisch gefährliche Gegenstände behandeln wie Geschichte, Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft, auf eine relativ geringe Zahl sorgfältig überwachter Studenten beschränkt ist. Die große Mehrheit der Studenten, und meistens gerade die fähigsten, wird durch hochdotierte Stipendien und verheißungsvolle Karrieren auf die technisch-wissenschaftlichen

Gebiete abgelenkt. Für diese weit verbreitete Schicht der Studenten endet das Studium der Geschichte der Welt oder der ausländischen Literatur mit dem 15. Lebensjahr, und auch das, was sie bis dahin vorgesetzt bekamen, wurde ihnen in sorgfältig vorbereiteten Dosen serviert. Was in der Sowjetunion unter dem Namen „soziale Studien“ läuft, ist tatsächlich nichts anderes als die Geschichte der kommunistischen Partei, die Theorie der Partei sowie das laufende Programm der Partei mit den üblichen Hinweisen auf das, was zu tun oder nicht zu tun, zu denken oder nicht zu denken ist. Die weitverbreitete feststellbare Apathie eines Teiles der Jugend gegenüber der Partei-Ideologie, die durch eine öde Propaganda in die Köpfe der Jugend eingehämmert wird, ist vermutlich ein weit ernster zu nehmender Vorgang als etwa bewußte Meinungsverschiedenheiten.

meidlicherweise mit dem Anwachsen des materiellen Wohlstandes verschwinden. Die Anwesenheit westlicher Touristen in den Straßen der sowjetrussischen Städte wie der, wenn auch nur beschränkte, Zugang zu westlichen Informationsquellen bringen dem durchschnittlichen sowjetrussischen Bürger weniger zum Bewußtsein als früher, daß er von allen Informationen abgeschnitten ist, die einen zum offiziellen System gegensätzlichen oder gar gefährlichen gedanklich provokativen Charakter tragen. Selbst der Strom an sich gleichgültiger ausländischer Besucher der Sehenswürdigkeiten scheint dem russischen Staatsbürger die Bestätigung zu bringen, daß sein Vertrauen, Chruschtschow tue alles, was in seinen Kräften stehe, um die Spannungen zu vermindern und die Aussicht auf den Frieden zu stärken, berechtigt sei. Selbst so tiefgehende Ausbrüche von Furcht und Groll, wie sie bei Pasternak im „Dr. Schiwago“ zum Ausdruck kamen, scheint das sowjetrussische Kontrollsystem vertrauensvoll von der eigenen Befähigung überzeugt zu haben, alle derartigen Äußerungen von Zweifel oder abweichender Meinungsbildung, die innerhalb einer geringen Mehrheit der Jugend auftauchen, nicht nur festzustellen und im Zaume zu halten, sondern auch, falls notwendig, unterdrücken zu können. Die kommunistische Partei ist sich dieses Problems, das sie während der ganzen Dauer ihrer Existenz heftig geplagt hat, zwar bewußt, jedoch durch die neuesten Manifestationen keineswegs über Gebühr alarmiert. Im Gegensatz zu dem wunschbedingten Denken einiger ausländischer Beobachter ist die kommunistische Partei vertrauensvoll überzeugt, daß sie in der Lage ist, einen Teil der jungen Generation für den Dienst im Staat auszubilden, insbesondere auf dem Gebiet des Ingenieurwesens und der Naturwissenschaften, ohne daß hierbei allzu viele sich von dem Pfad der ideologischen Orthodoxie, gestützt heute durch nationalen Stolz und sogar Arroganz, entfernen.

## Geburt eines neuen Chauvinismus

Das System der Kontrolle und des Anreizes, mit dem die kommunistische Partei der Sowjetunion eine Gleichförmigkeit der öffentlichen Meinung mit den Auffassungen und den Zielen der Partei zu erreichen sucht, erfährt nun eine Stärkung durch den Zug nationalen Stolzes, der überall bemerkbar ist und der vielfach die Form von Chauvinismus annimmt. Sowjetrussische Studenten zeigen sich erstaunt, wenn ihnen mitgeteilt wird, daß die Moskauer Untergrundbahn nun keineswegs die erste gebaute Untergrundbahn sei. Sie sind überzeugt, daß die sowjetrussischen Sputniks nun endgültig die Überlegenheit des kommunistischen Systems erwiesen haben. Die meisten Sowjetbürger nehmen die Ausdehnung des kommunistischen Systems auf andere Länder als einen natürlichen und sogar wünschenswerten Vorgang an, ohne sich dabei der Methoden der Kontrolle bewußt zu sein, die hierbei angewandt werden, oder des tief verwurzelten Hasses, der durch diese Methoden allenthalben hervorgerufen wird. Die so-

wjetrussischen Staatsbürger können sich andere Systeme, vor allen Dingen solche, die freie Entscheidung zulassen, gar nicht vorstellen. Während häufig von den Sowjetbürgern ein geradezu gieriger Neid auf den westlichen Komfort, westliches technisches Zubehör und Kraftwagen gezeigt wird, proklamieren sie gleichzeitig in voller Ehrlichkeit die unbestreitbare Überlegenheit und den unvermeidlichen Triumph des Sowjetsystems. Es braucht nicht weiter erwähnt zu werden, daß sie selbstverständlich über die Schwächen des amerikanischen Lebens, wie wirtschaftliche Schwankungen, Arbeitslosigkeit, ungleicher Zugang zu den höheren Ausbildungsformen und regionalen Widerstand gegen die Gewährung der Gleichberechtigung an Negerabkömmlinge, gut unterrichtet worden sind. Dagegen zeigen sie sich völlig unvorbereitet und unausgerüstet, die Schwächen des Sowjetsystems zu erörtern. Nach ihrer Auffassung sind bisher vorhandene Schwächen durch das Post-Stalin-Regime beseitigt worden oder werden unver-

## Ein Fazit: die Stabilität des Regimes wächst

Zu welcher Erkenntnis führt nun dies alles? 1. Zu der Einsicht, daß das Sowjetsystem, mit dem der Westen es in den jetzt begonnenen sechziger Jahren unseres Jahrhunderts zu tun haben wird, aller Voraussicht nach einen hohen Grad politischer Stabilität bewahren wird, die allerdings auf Voraussetzungen und Methoden beruht, die sich wesentlich von den unseren unterscheiden. Die sowjetrussische Diktatur wird kaum in der nächsten Zeit durch interne Kämpfe innerhalb der obersten Führungsschicht in Stücke auseinanderbrechen oder die Kontrolle über das Volk verlieren oder die kommunistische Ideologie aufgeben. Die Struktur der kommunistischen Partei der Sowjetunion ist heute besser ausgerüstet, eine neue Nachfolgekrise zu überstehen, als dies im Jahre 1953 der Fall war. Zweifellos werden Namen und Programm sich

ändern. Aber die Konzeption der allein herrschenden Partei, die die Berechtigung ihrer absoluten Herrschaft in dem Monopol über die „Wahrheit“ und die weitere geschichtliche Entwicklung findet, ist gestärkt worden. — 2. Die sowjetrussische Führerschaft wird ihre entscheidende Herrschaft über Leben und Tod ihrer Untanen nicht aufgeben, obgleich diese Machtausübung heute in neuer gemäßigter Gestalt erfolgt. Die sowjetrussischen Führer werden wiederum zum Terror greifen, falls sie das für die Durchsetzung ihrer Ziele als notwendig ansehen, aber sie zweifeln daran, daß dieses notwendig sein wird. Je mehr die stalinistische Methode des Terrors im Gedächtnis der Sowjetbürger verschwindet, um so stärker und aktiver wird das Vertrauen und um so nachdrücklicher die Zusammenarbeit, die die Sowjetführung

dem Volke entlockt. Geringfügige Strömungen abweichender Meinungsbildung können heute durch ein begrenztes Nachlassen der Kontrolle über das intellektuelle Leben aufgefangen werden, wobei hier Methoden der Unterdrückung angewandt werden können, die weniger grausam zu sein brauchen als in der Vergangenheit. — 3. Die gemeinsame, von der kommunistischen Partei und dem Volk geteilte Sehnsucht nach einem Anstieg der Lebenshaltung löst sehr alte Spannungen, die zwischen Partei und Volk bestanden, und vermindert die Gegensätze zwischen der Lebensweise in Rußland und im Westen. Es ist zu erwarten, daß hierdurch noch stärkere Kräfte ausgelöst werden, um nun den Anteil an der wachsenden Wohlfahrt weiter zu erhöhen, den das Regime gegenwärtig der „rechtmäßigen“ Loyalität und harter Arbeit gewährt.

Schließlich — die Ausweitung der Erziehung auf breite Volksschichten mag störende Besorgnisse über die ideologische Reinheit der jungen Generation ausgelöst haben, ohne jedoch da-

durch die Stabilität des Regimes oder die Befähigung in Frage zu stellen, das von den Führern dem Volk gesetzte Ziel im Innern und Äußern zu erreichen.

Macht zunehmen wird und das eher weniger als mehr Schwierigkeiten in der Erhaltung der politischen Stabilität und des notwendigen Ausmaßes an ideologischer Uniformität zeigen wird. Diese wachsende Machtzunahme, die durch keine entsprechenden Zeichen von Schwäche einen Ausgleich findet, wird den Sowjetführern die Möglichkeit geben, mehr als bisher die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und ihre politische Entschlußkraft für die Erreichung der weltweiten Ziele einzusetzen, die von Lenin und Stalin bis zu Chruschtschow in fortgesetzten, sich breit entfaltenden Interpretationen proklamiert worden sind.

**Anmerkung:**

Philip E. Mosely, Professor und ehemaliger Direktor des Rußlands-Instituts der Columbia-Universität/USA.

## Um so größer die Herausforderung des Westens

Es wäre nun zweifellos beruhigend, wenn die Analyse der gegenwärtigen und der kommenden Entwicklung in dem Sowjetsystem uns zu der vertrauensvollen Schlußfolgerung veranlassen könnte, daß der Samen eines unvermeidbaren Wandels im Sinne unserer Wünsche gelegt sei und wir nur unsere Hände zu falten, unsere Steuern zu senken, einen dritten Wagen zu kaufen und die weitere Entwicklung abzuwarten

haben, die nun eines Tages in der Fülle der vom Herrgott gegebenen Zeit eintreten werde. Bedauerlicherweise ist das nun keineswegs die sich uns heute bietende Aussicht der weiteren Entwicklung. Im Laufe des jetzt angebrochenen Jahrzehnts der sechziger Jahre werden wir es nach der gegenwärtigen Perspektive mit einem Sowjetsystem zu tun haben, das schnell an wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und militärischer

WOLFGANG SCHLEGEL

# Preußisch-deutsche Geschichte als politisch-pädagogisches Problem

## Geschichtswissenschaft und Geschichtspädagogik

Theodor Schieder und Ludwig Dehio müssen wir dankbar sein für ihre rücksichtslose und ehrliche Darstellung der geschichtlich-politischen Hintergründe in der neueren preußisch-deutschen Geschichte<sup>1)</sup>. Daß überhaupt in der Katholischen Akademie in Würzburg solch eine Tagung über das Thema des deutschen Geschichtsbildes stattfand, ist ein Zeichen dafür, wie notwendig trotz aller Gegenstimmen die Beschäftigung unserer Zeit mit der deutschen Geschichte ist — auch wenn nicht immer endgültige Antworten gegeben werden können. Jedoch die wissenschaftlichen Historiker der Universitäten haben es gut: sie haben das Glück, wenngleich auch die Aufgabe mühsamer Arbeit, in Einzelforschungen bestimmten Problemen nachzugehen und durchaus bei einer offenen Problematik stehen zu bleiben. So kann in echter wissenschaftlicher Zurückhaltung Schieder damit enden, daß er den Ausgang deutscher Geschichte 1919 als fragwürdig hingestellt, und so endet auch Dehio mit der Frageform „Könnten wir nicht. . .?“

Damit sind dem Leser wertvolle Denkanstöße gegeben worden, die Geschichtsbetrachtung wird aus dogmatischer Erstarrung gelöst, und neue Aspekte werden aufgewiesen.

Das kommt auch dem Pädagogen zugute, der nun, mit neuen Gesichtspunkten versorgt, an seine schöne aber schwere Aufgabe des Geschichtsunterrichts herangeht. Dennoch liegt hier

ein eigener Bereich, auf den hinzuweisen ich in den letzten Jahren nicht müde geworden bin.

Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht mögen sich in der Oberstufe des Gymnasiums nach vierjähriger Vorbereitung in den Mittelklassen in eine sehr enge Beziehung bringen lassen, der Lehrer der Geschichte ist dort mit Recht hervorgegangen aus dem wissenschaftlichen Historischen Seminar der Universität und bestreitet von daher seinen Unterricht vor Schülern, die in der Lage sind, kritisch und philologisch zu arbeiten und Zusammenhänge von Problemen zu sehen.

Wie steht es aber mit der Volks- und mittleren Bildung in unserer heranwachsenden Generation?

Man sehe sich einmal die Richtlinien der Kultusminister für den Geschichtsunterricht an Volksschulen und die neuesten Erlasse zur politischen Bildung an!

Die Empfehlungen und Beschlüsse der „Ständigen Konferenz der Kultusminister“ von 1953 verlangen, „der Geschichtsunterricht soll dem jungen Menschen helfen, ein eigenes Welt- und Menschenbild (!) zu gewinnen sowie seinen Standort und seine Aufgabe im Geschehen zu erkennen.“ In der Erläuterung werden vier Elemente solchen Geschichtsunterrichts aufgezeigt: 1. Vielschichtigkeit und Motive menschlichen Handelns; 2. politisches Geschehen als Resultierende aus Widerstreit und Ausgleich wir-

kender Kräfte; 3. Einsicht in geschichtliche Zusammenhänge als Voraussetzung für Verantwortlichkeit gegenüber Gesellschaft, Staat, Volk und Menschheit und 4. Einsicht in Sinnzusammenhänge als Vorstufe für Anerkennung von Rechts- und Wertgrundsätzen, von Würde und Freiheit des Menschen.

In den methodischen Hinweisen heißt es dann: „Schon in den Unterklassen darf der Lehrer nicht bei der Darbietung bildhaft gestalteter Stoffe stehenbleiben. — Durch Vergleich mit ähnlichen Ereignissen oder mit Verhältnissen der Gegenwart soll die Jugend schon auf dieser Stufe zu ersten geschichtlichen Begriffen und Erkenntnissen gelangen.“ Zum Schluß heißt es ausdrücklich: „Diese Grundsätze gelten von der Volksschule bis zur höheren Schule für alle Klassenstufen gleichermaßen.“

Diesen Satz sollte man vor allem: im Zusammenhang mit den o. a. Gesichtspunkten zur Aufgabe des Geschichtsunterrichts lesen und sich fragen, wie der Volksschulunterricht in 2 Jahren (7.—8., nur gelegentlich erst 9. Schuljahr!) dem Schüler verhelfen soll zum eigenen (!) Welt- und Menschenbild, zur Einsicht in die Vielschichtigkeit des Geschehens, im Zusammenhang und zur Achtung der Würde und Freiheit des Menschen in Verantwortlichkeit.

Nun — angesichts der uns seit den letzten Jahren bedrängenden aktuellen politischen Erziehungsaufgaben zur Anknüpfung an jüngste Vergangenheiten, die nicht „Vergangenheit“ werden sollen, — stehen insbesondere die Lehrer an Volks- und Realschulen, die den Schüler

1) Veröffentlicht in Beilage zum Parlament B 3/61 vom 18. 1. 1961.

nur bis zum 14. oder 16. Lebensjahre haben, vor der Aufgabe, wie sie als verantwortungsbewußte Pädagogen das „bewältigen“ sollen, ohne in bloß formal-verbale Bildung oder — wie man gern heute empfiehlt — in Lückenhaftigkeit beliebiger Auswahl zu verfallen. Das ist der Grund, warum immer wieder Wünsche von Lehrerkonferenzen und Lehrerverbänden kommen, etwas zu hören über „Die letzten 100 Jahre deutscher Geschichte“, „Geschichtsunterricht nach den Empfehlungen der Kultusminister“ oder noch über „Die jüngste Vergangenheit“.

Wer diese Not der Lehrerschaft aus wirklicher Verantwortung vor der politischen Aufgabe nicht kennt, kann nicht voll nachempfinden, warum ich mit betonter Absicht in meinem letzten Aufsatz (Beilage vom 13. 4. 60) den Zusatz „in volkspädagogischer Absicht“ gewählt habe. Das große Problem und zugleich die Chance liegen darin, wie weit wir es jetzt — gerade noch jetzt — fertigbringen, bei den breiten Schichten unserer Volks- und Mittelschüler, d. h. bei den zukünftigen großen Massen der Wähler in un-

serem Staate „den politischen Sinn durch kritisch geprüfte Anschauung der historischen Wirklichkeit“ besonders an diesem „schicksalsträchtigen Abschnitt unserer Geschichte“ seit 1871 zu bilden (Sieder).

Nach den großartigen Leistungen der Volksschulpädagogik auf dem Gebiete der Unterrichtsmethode in der Zeit nach dem ersten und auch nach dem zweiten Weltkriege, treten wir nun ein in die Zeit der Didaktik als dem Denken über Bildungswert, Bildungsziel, Bildungsmacht oder -mächtigkeit der Geschichte und zwar durchsichtig und wirksam gemacht durch Klang und Auswahl des Stoffes und durch Entscheidung für einen Standort. Auch der Lehrer in der Volksschule kommt heute nicht mehr aus ohne eine innere Entscheidung über sein persönliches Verhältnis zu Volk, Gesellschaft, Staat und — wenn wir wollen — Menschheit, besser Menschlichkeit — als den wirksamen Mächten der Geschichte! Schon darin aber zeigt sich, welches Bild er sich von der Geschichte macht, wie er sie beurteilt.

## Die letzten 100 Jahre der Geschichte

Jedem leuchtet ein, daß gerade die unmittelbare Vergangenheit, die wir noch in einigen Generationen rückwärts erfassen können, für unsere politische Orientierung am wichtigsten ist. Das ist der Grund, warum immer wieder bei amtlichen Lehrerkonferenzen und bei Versammlungen von Lehrerverbänden Vorträge über die letzten 100 Jahre deutscher Geschichte verlangt werden.

Wir können, wenn wir wollen, in den Jahren zwischen 1960 und 1962 eine Säkularbetrachtung anstellen: 1861 stand der preußische Verfassungskonflikt in seiner stärksten Krise. Im Februar 1860 hatte die preußische Regierung durch den neuen Kriegsminister Albrecht von Roon das „Gesetz betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst“ dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Wenn auch zunächst das Hauptgewicht auf die Auffüllung der Regimenter gelegt wurde, so war doch den Abgeordneten bald deutlich geworden, daß es darum ging, nun den zweiten Schlag gegen das Scharnhorst-Boyensche demokratische Wehrgesetz zu führen, nachdem schon 1819 durch den Sturz Boyens und Humboldts als Reform-Minister der erste Schlag geführt worden war<sup>1a</sup>).

Nun gaben zwar sogar die Liberalen zu, daß zur Erhöhung der Schlagkraft eine Durchdringung von Linie und Landwehr notwendig sei, jedoch wollten sie auf keinen Fall die 3-jährige Dienstzeit bewilligen. Als die Regierung daher die Vorlage zurückzog und sich als „Proviso-

rium“ die Mehrkosten bewilligen ließ (1860), war der erste Schritt zu einer Selbstentmannung des erst seit 1848 bestehenden Parlaments getan. Im kritischen Jahre 1861 wurden wiederum die Kosten für die Mehraufstellungen bewilligt, ohne daß sich das Parlament das Mitspracherecht in der Umstellung vorbehielt. König Wilhelm, beraten durch den General von Manteuffel, zog daraus die Konsequenz und stellte nun die gesamte Reorganisation des Heeres in sein monarchisches Ermessen. G. Ritter<sup>2)</sup> zitiert Manteuffel, der an Roon schrieb, werden diese Bewilligungen „nur als Provisorium“ aufgefaßt, daß „die Armee auf die Tribüne, nicht mehr auf den Kriegsherrn blicken würde; ad oculos wäre ihr demonstriert, daß nicht diese die Regimenter formieren und die Zukunft seiner Offiziere sichern könnte, sondern daß Formation und Schicksal der Offiziere von Kammerbeschlüssen abhängig sei . . . Die Armee ist aus einer Königlich-Parlamentsarmee geworden.“

Das aber sollte auf jeden Fall verhindert werden.

Hermann Wagener, Redakteur der „Kreuzzeitung“, schrieb damals — wie Ritter anführt —, für die Konservativen stünden die neuen Regimenter längst fest und seien kein Provisorium, die ganze Sache sei längst eine politische geworden!

Das war in der Tat damals deutlich erkannt: der Kampf des sich erst allzu spät durchsetzenden deutschen Parlamentarismus stieß bereits in

seinen Anfängen auf eine politische Kompetenzfrage, deren Tragweite erst später deutlich wurde. Kein geringerer als Bismarck selbst hat, obwohl er ab 1862 die Heeresvorlage durchkämpfte, darunter leiden müssen: Die militärische Führung emanzipierte sich von der politischen, weil ja der Monarch selbst in erster Linie Militär und nicht Politiker war. Diese Lösung und Verselbständigung fand aber nicht nur gegenüber dem Parlament, sondern auch von der politischen Regierung, der Exekutive statt: die Spannungen zwischen Moltke und Bismarck deuteten sich 1866 an, steigerten sich bekanntlich 1870/71 zur schärfsten Spannung! In diesem Artikel der Kreuzzeitung wurde ganz klar ausgesprochen, daß das Parlament nur finanzpolitisch-budgetrechtliche Kompetenzen, aber keine politischen habe. Die Aufstellung neuer und anderer organisierter Regimenter sei nur durch die königliche Machtvollkommenheit ohne das Parlament, und zwar zu Recht, vollzogen.

Im Frühjahr 1861 entschloß sich Roon, seine liberalen Ministerkollegen zu stürzen. Die Wahlen im Winter brachten nach dem Tauziehen zwischen Konservativen und Liberalen — da zumal der König, der weder einer konservativen Camarilla verfallen noch die Verfassung brechen wollte — eine Radikalisierung der Opposition. Die „Fortschrittspartei“ hatte sich als kompromißloser Flügel der Liberalen neu gebildet. Es entstand förmliche Bürgerkriegsstimmung. Man bereitete alles für Einsatz militärischer Kräfte gegen die erwartete Revolution vor. Aber der neue Landtag wurde ohne Bürgerkrieg aufgelöst und die liberalen Minister traten zurück — das Ende der liberalen Ära!

Mitten hinein in diese Situation ist dann als der einzige, der es zu übernehmen wagte, mit dem König gegen und ohne das Parlament zu regieren, Bismarck in die preußische Politik eingetreten. Darin scheint mir doch ein wesentlicher Faktor der Bismarckzeit zu liegen, daß sie mit einem Konflikt beginnt, der gegen das Parlament und gegen die liberale Tendenz der Zeit durchgehalten wird. Aus dem Heereskonflikt wurde unter Bismarck der Verfassungskonflikt. „Der Konflikt hat die preußische Armee erst vollends zur Leibgarde der alten Monarchie“ gemacht. Vergessen wir nicht, daß deren Autorität mit dem Führertum späterer „autoritärer Staaten eine ganz äußerliche Ähnlichkeit hat“. Ritter betont, man dürfte darin nicht den späteren Gegensatz von „wehrhafter“ und „patriotischer“ Gesinnung sehen, wie sie erst viel später in der Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen sei „und daran, daß diese Massen sich dem ‚wehrhaften‘ Denken altpreußischen Stiles so tief entfremden konnten, trägt auch der Verlauf und Ausgang des Heereskonfliktes von 1861–66 ein Teil der Schuld, und nicht einmal den geringsten“.

1a) Vgl. dazu Gordan A. Craig: Die preußisch-deutsche Armee 1640–1945. Düsseldorf 1960 — Teilabdruck in Beilage zum Parlament von 23. 11. 1960.

2) Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk I. München 1954. S. 176.



## Kontinuität von Bismarck zu Hitler?

Vorschnell beurteilt ist daher auch jede monokausale Linienführung, die etwa, wie es L. Dehio in seinem Vortrag ausgedrückt hat, eine so „simple These ausländischer Anklage“ versucht: Hitler einfach als notwendige Folge Bismarcks zu erklären. Dehio sagt mit Recht, daß es zwar Kontinuität in der deutschen Geschichte zwischen Bismarck und Hitler gibt, daß sie aber als Voraussetzung nicht „simplifiziert und unabsolutiert“ werden darf, sondern bloß als eine Komponente neben anderen angesehen werden kann. Wenn Dehio die Formel gefunden hat „Dauer im Wechsel“, und uns auffordert, die Dauer (Kontinuität) im Wechsel gleichzeitig zu sehen, so mag ergänzend ein anderes angemerkt werden.

Jede Erklärung, die nur solche einfache Linienführung sieht, versteht Kontinuität falsch. Ähnlich ist auch mein Eintreten für Kontinuität seit dem Altertum als „absolutes“ geschlossenes Geschichtsbild von Heinrich Geißler<sup>2a)</sup> falsch verstanden worden. Denn das Ineinandergreifen und Aufeinanderwirken, das Beeinflussen, Übernehmen und Aufgehobensein (Hegel) bedeutet niemals eine gerade Linie als zwingende Notwendigkeit, daß es so hat kommen müssen. Das allerdings wäre totalitäres Denken nach Art des historischen Materialismus. Das wäre vor allem Determinismus, d. h. jene Geschichtsauffassung, welche die Folgen geschichtlicher Entscheidungen und Ereignisse als zwingende Kausal-Notwendigkeit ansieht! Das hat Marx in seiner Ge-

schichtskonstruktion mit Klassenkampf-, Verelendungs- und Kapitalismustheorie als Gesetz der Geschichte zu formulieren versucht. Niemals kann aber das heute jemand meinen, der von der Individualität und Einmaligkeit geschichtlicher Entscheidungen und von der Unübersehbarkeit geschichtlicher Folgen überzeugt ist. Daher müssen wir uns auch distanzieren von einem jüngst erschienenen Buch<sup>3)</sup>, das schon auf dem Schutzumschlag durch die Bilder Friedrichs des Großen, Bismarcks und Hitlers deutlich machen möchte, was darin ausgeführt wird: es müsse allen Heranwachsenden eingepreßt werden, es sei ein „Grundzug der neueren deutschen Geschichte, daß von Friedrich II. bis zu Hitler eine kontinuierliche Linie führe und deren Kennzeichen Militarismus, Bürokratie, Diktatur.“ Da ich vom Verfasser darin als Lehrer genannt werde, der diese Auffassung vertrete, bin ich gezwungen, mich davon zu distanzieren. So sehr Grote durch Anführung manch „unangenehmer Geschichtstatsachen“ recht hat, so muß man ihm doch entgegenhalten, daß er einseitig auswählt und einem unhistorischen Monokausalismus und Determinismus verfällt. Ob Grote mit Eyck sagen kann, Bismarck sei der Sinn für Recht und Gerechtigkeit völlig abgegangen, und ob man alle neueren und lebenden deutschen Historiker, darunter auch so kritische wie W. Mommsen, Joh. Hohlfeld und Rothfels als „Bismarckapologeten“ bezeichnen

und der „bewußten Unwahrheit“ zeihen kann, erscheint fraglich!

So sehr wir uns eine wirklich dauernde „Revision“ des deutschen Geschichtsbildes wünschen — und das hat nunmehr Th. Schieder und vor allem auch L. Dehio<sup>4)</sup> getan —, müssen wir doch nicht sagen, Hitler mußte kommen. Wir nehmen von Grote entgegen, daß es viele Voraussetzungen im deutschen Bürgertum und Adel gab, die Hitler eine demagogische Verführung erleichterten: Untertanengeist, Machtstreben, Militarismus und Antisemitismus — aber gestehen wir uns und der Geschichte auch eine Freiheit der Entscheidung zu. Möglichkeit bedeutet noch nicht Notwendigkeit! Hans Rothfels hat gerade darum aus seiner Kenntnis der ausländischen Auffassung deutscher Geschichte<sup>5)</sup> sein Buch über die Opposition gegen Hitler geschrieben, um der These entgegenzutreten, daß sich die Deutschen „infolge eingeborener Veruchtheit oder einer anezogenen Gewohnheit blinden Gehorsams oder unter Entwicklung der tyrannischen Herrschaft von Verbrechern freiwillig angeschlossen“ haben. Immerhin hat es auch 1933 anläßlich der Ermächtigungsvorlage genau wie 1860 freie Entscheidung zur Opposition gegeben. Daß wir aber ein Wissen um solche Möglichkeiten politischer Konflikte und ihrer Folgen allen jungen Deutschen für die Zukunft vermitteln, dazu ist eine „kritisch geprüfte Anschauung der historischen Wirklichkeit“ (Schieder) der deutschen Geschichte notwendig.

## „Deutsche Geschichte“ - 15 Jahre danach

Es wird verschiedentlich in Zweifel gezogen, ob man in unserer Zeit noch eine „Deutsche Geschichte“ schreiben und lehren solle. Insbesondere in den ersten Jahren nach 1945 wurden der völlige Niedergang und das Ende nationaler Geschichtsschreibung verkündet. Nun wird jeder Einsichtige zustimmen, wenn eine nationalistische Darstellung der Vergangenheit aus dem eingeeengten Blickwinkel nationaler Grenzen und nationaler Überheblichkeit als völlig verfehlt angesehen werden muß. Das wird besonders deutlich, wenn man die Situation Osteuropas mit der so verworrenen Streulage der Völker aus nationalstaatlichem Aspekt zu lösen versucht. Immer wieder mußten solche Versuche scheitern, ganz gleich, ob wir den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn oder Preußen mit seinen Ostprovinzen, die Tschechoslowakei oder auch Polen, ja sogar Jugoslawien daraufhin betrachten. Der nationalpolitische Maßstab hat im Osten viel Unheil angerichtet — er ist aus der Revolutionszeit des Westens heraus erwachsen, ließ sich aber nicht auf den Osten übertragen.

Nun gehört es aber zum Wesen der europäischen Vergangenheit, daß sie eine Geschichte der Völker und nicht der Staaten oder Europas

kennt. Ich habe das unter besonderem Hinweis auf Heimpels Mittelalterforschung in meinem „Entwurf“<sup>5a)</sup> deutlich gemacht. Heimpel war es auch, der eine „Deutsche Geschichte“ als Aufgabe der Historiker nach 1945 forderte, wie sie ähnlich schon früher Karl Jaspers gefordert hatte. Wer nun aber eine Weltgeschichts-Ära in der Historie erwartet hat, wurde trotz verschiedener Weltgeschichten (Randa, Historia Mundi, Propyläen u. a.) belehrt, daß eine „Deutsche Geschichte“ nach der anderen erschienen ist. Angesichts der radikalen Revisionsforderungen in den ersten Nachkriegsjahren war nicht zu erwarten, daß so bald eine neue revidierte deutsche Geschichte hätte verfaßt werden können. Viel einfacher war es natürlich, im Gewohnten und Überlieferten zu bleiben.

So erschien wohl als erstes das Buch deutscher Geschichte von Prinz zu Löwenstein<sup>6)</sup>. Sie ist aus dem Geist deutscher Romantik geschrieben und geht — ähnlich wie die große dichterisch-historiographische Gestaltung des Heiligen Römischen Reiches durch Ricarda Huch — vom

Reichsgedanken aus, dient also patriotischen Zielen. Wir erinnern uns des Verfassers als des „Befreiers Helgolands“. Kurz danach (etwa 1955) erschien — aus ähnlichem Geiste geschrieben — das Buch von Eberhard Orthbandt<sup>7)</sup>. In einer Besprechung von Werner Bögli (Parlament vom 1. 2. 61) wird gesagt, die Grundhaltung des Verfassers sei „national“, „was man ihm freilich nicht wird vorwerfen wollen“ — warum aber wird das jemandem vorgeworfen, der in weit zurückhaltender Art eine deutsche Geschichtsdarstellung für pädagogisch notwendig hält? Von dieser „nationalen“ Haltung bei Orthbandt kann man sich ein Bild machen, wenn man seine sehr eigenartig-einseitige Auswahl von Bildern aus der Hitlerzeit aufmerksam verfolgt: mit Großaufnahme Adolf Hitlers, Großaufnahme des sich „ehrfurchtsvoll“ vor Hindenburg verneigenden Kanzlers mit Kurven

4) Ludwig Dehio: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. Fischer-Bücherei 352.

5) Vgl. dazu Robert Multhoff: Das Bild der deutschen Geschichte im Spiegel amerikanischer Geschichtslehrbücher. In: Beilage zum Parlament B XLVIII/58 vom 3. 12. 1958.

7) Von Eberhardt Orthbandt liegt der erste Band der „Trilogie“ mit dem Untertitel „Lebenslauf des deutschen Volkes und Werdegang des Deutschen Reiches“ jetzt in 3. Auflage vor, dazu gibt es ein „Bildbuch deutscher Geschichte“ und einen — sehr kenntnisreich zusammengestellten und pädagogisch brauchbaren Quellenband „Das deutsche Abenteuer“.

3) Adolf Grote: Unangenehme Geschichtstatsachen. Zur Revision des neueren deutschen Geschichtsbildes Nürnberg 1960.

5a) Vgl. Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ vom 13. 4. 1960.

6) Die im folgenden angeführten Bücher über „Deutsche Geschichte“ werden im einzelnen nicht bibliographisch angeführt, da sie sich ggf. leicht feststellen lassen!

2a) „Ein deutsches Geschichtsbild?“ in Beilage zum Parlament B 4/61 vom 25. 1. 1961.

über Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Autobahnen und zum Schluß wieder Hitler, wie er der Hitlerjugend Eiserne Kreuze austeilte. Dagegen ließe sich als historische Dokumentation gar nichts sagen, wenn nur nicht die andere Seite fehlte! Das Hitler sich als Inkarnation des Hegelschen Weltgeistes vorkam, ist sicherlich philosophisch etwas hoch gegriffen.

Konzentrationslager werden nur durch ein Bild dargestellt, auf dem man sieht, wie Häftlinge noch in ihrer Zivilkleidung Liegestütze üben, auch versäumt man nicht zu erwähnen, daß Konzentrationslager von den Engländern erfunden wurden. Die Juden „wurden verfolgt und getötet, wie im Mittelalter Ketzer, Heiden und Hexen“. Offenbar war in Adolf Hitler — und im Nationalsozialismus überhaupt — ein religiöser Irrwahn rege: die Unfehlbarkeit, die dem Papst bei Lehrentscheidungen zukommt, nahm Hitler für sich bei seinen weltanschaulichen Kundgebungen in Anspruch ... vom römischen Kirchenministerium für Glaubenspropaganda wurde der Name entlehnt für das „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ ... Das alles deutet darauf hin, daß eine Umwandlung kirchlichen Glaubensgutes ins heidnische erfolgt war ... (!) Man könnte sagen: das alles deutet darauf hin, daß hier von einer „Revision“ des Geschichtsbildes aber auch gar nichts — eher das Gegenteil — zu spüren ist!

Aber schon 1953 begann auch ein anderes, sehr gewichtiges Werk in Lieferungen zu erscheinen, welches Peter Rassow mit vielen Fachgelehrten<sup>8)</sup> als Mitarbeiter als ein erstes „Handbuch deutscher Geschichte“ herausgab. Ich erinnere mich, daß es damals für mich nur tröstlich war, nun ein Werk solider deutscher Geschichtswissenschaft zu besitzen, das uns die Tatsachen, den „Kernbestand“ wieder zur Verfügung stellen wollte und ganz bescheiden den Zusatz „im Überblick“ benutzte. Lehrern und Studierenden hat dieses Buch außerordentliche Dienste geleistet. Es wollte nur erst einmal wieder eine Grundlage schaffen. Das Vorwort Rassows sagt darüber: „Beim Zusammenbruch des deutschen Staates und der deutschen Nation im Jahre 1945 wurde uns von vielen Seiten der Rat gegeben, wir sollten unser Geschichtsbild revidieren. Die Historiker unter uns wußten schon vorher, daß jede Gegenwart sich ein anderes Geschichtsbild macht. Ein anderes Deutschland blickt heute in die Vergangenheit, als das Deutschland von 1871 oder 1890 oder 1913. Infolgedessen ist die heutige deutsche Geschichte eine andere als die damalige ... Jede Gegenwart fühlt in sich andere historische Kräfte lebendig als eine frühere ... Insofern jene aus der Vergangenheit stammenden Kräfte Bestandteil unsrer Gegenwart sind, bewerten

8) Die Fachgelehrten sind: Gerold Walser (Römisch-germanische Grundlagen); Helmut Beumann (Ottonen); Theodor Schieffer (Salier); Peter Rassow (Staufer, Luther und Karl V.); Otto Brunner (Habsburger und Luxemburger, Konfessionelles Zeitalter); Carl Hinrichs (Absolutismus); K. D. Erdmann (Revolution und Napoleon); Alexander Scharff (Deutsche Verfassungsbewegung); Paul Kluge (1851—1871); Theodor Schieder (Bismarck); Werner Conze (Wilhelm II., Weimar); Hermann Mau — Helmut Krausnick (Nationalsozialismus); Wilhelm Cornides (1945—1948); Hans Dietzel (Bibliographie).

wir sie. Das ist kein Verstoß gegen die Objektivität, sondern ein Lebensrecht der Gegenwart.“ Hier wird also nicht radikal umgewertet, sondern versucht, Gegenwart und Vergangenheit einander maßvoll einzuordnen. So hat wohl dieses Geschichtswerk als erstes die wissenschaftliche Tradition bewahrt, also zunächst mehr bewahrend als revidierend, vor allem aber streng von den Tatsachen berichtend. Vor allem aber wagte es der Herausgeber damals schon, in ein solch Werk, das sich der Objektivität verpflichtet fühlte, ein Kapitel über den Nationalsozialismus aufzunehmen und zwar aus der Feder des Generalsekretärs im neu eingerichteten „Institut für Zeitgeschichte“, Hermann Mau, dem nach seinem Tode Helmut Krausnick folgte. Diese Leistung ist für die damalige Situation besonders hoch anzuschlagen, und „der Rassow“ erbrachte damit den Beweis, daß die „offizielle“ deutsche Geschichtswissenschaft früh genug statt einer „Ausklammerung“ eine Einbeziehung der Hitlerzeit in wissenschaftlicher Forschung vollzogen hat. Ausgezeichnet hat Hermann Mau die Maskierung und die verschiedenen Kulissen nationalsozialistischer politischer Technik und damit die Täuschungstaktik gegenüber den deutschen Volke entlarvt. „Nationale Erhebung war das Bild, das nun für einige Zeit als Kulisse vor das vielschichtige Geschehen gezogen wurde ... Die zentrale Figur dieses Bildes ist Hindenburg, nicht Hitler. Die Doppeldeutigkeit seiner Gestalt wird offenbar.“ Der Potsdamer Tag wird als „Schauspiel einer Siegesfeier“ bezeichnet. Aber dieses Bild des sich ehrfürchtig verneigenden Hitler „war eine Illusion.“ Das ganze Bild der „nationalen Erhebung entsprach nicht der politischen Wirklichkeit.“ Auf Grund des Aktenmaterials ist hier schonungslos klar, wenn auch damals noch auf Grund der Quellenlage vorsichtig, von Konzentrationslagern gesprochen worden. Der Mord an Häftlingen für die Schädelammlung des „Ahnenerbes“, „Euthanasie-Programm“ und die „Endlösung“ werden hier bei Namen genannt und in ihrer verbrecherischen Art gekennzeichnet. Man kann also den Satz bei Klaus Hornung<sup>9)</sup> zustimmend ergänzen, indem neben den — von Hornung angeführten — Schriften von Gerhard Ritter (1948) und Fr. Meinecke (1949) auch diese Darstellung von Mau-Krausnick als eine erste innerhalb eines wissenschaftlichen Handbuches gesetzt wird, die den Nationalsozialismus in unsere geschichtliche Kontinuität einbezieht, ohne allerdings von einer Determination zu sprechen. „Tendenzen in der deutschen Geschichte“ führt Hornung als Voraussetzungen für eine ins Verbrecherische führende Entwicklung der Hitlerzeit an, Voraussetzungen, die noch immer aus dem 19. Jahrhundert stammten, als es um die „Nationwerdung“ ging. Es ging um die „nationale Kultur- und Bildungseinheit“, die in dem konstruierten Fürsten-Staaten-Bund Bismarcks nicht gelungen war. Daher konnte der Nationalsozialismus an

9) In: Beilage zum Parlament B 10/61 vom 8. 3. 1961, Anm. 257: „Man hätte sich manche laute Polemik ersparen können, hätte man solche Deutungen zu Rate gezogen.“

die Begriffe deutscher Sehnsucht „Volk“ und „Reich“ anknüpfen, die ihn, was Hornung wohl hier zum erstenmal offen ausspricht, einer großen Zahl von Lehrern und Akademikern überhaupt empfohlen hat.

Wohl nicht zuletzt durch die Mahnungen Heimpels angeregt — trotz aller Tendenzen zur Weltgeschichte —, erkennen wir eine Belebung der Beschäftigung mit deutscher Geschichte, wenngleich die „Revision“ — was Ad. Grote kritisch anmerkte<sup>10)</sup> — gar nicht mehr so streng und ehrlich betrieben und wie es Meineckes Bücher „Irrweg“ und „Katastrophe“ hatten erwarten lassen. Man kann das zweifach begründen: 1. anklägerisch — man will beschönigen und sich nicht bekennen, will nichts ändern; 2. man will erst einmal überhaupt wieder Anschluß finden an die alte deutsche Vergangenheit, indem man zu den alten erprobten Methoden deutscher Geschichtsschreibung zurückkehrt. Dabei blieb dann — ganz gleich, welche Erklärung man nimmt — naturgemäß die „jüngste Vergangenheit“ zunächst einmal aus. Bei den Neuerscheinungen setzte zunächst die Bearbeitung der älteren Zeit ein. So begann der „Gebhardt“ mit seiner 8. Auflage, unter Herbert Grundmann als Herausgeber, 1954 mit dem Mittelalter, und erst 1960 erschien — notgedrungen als eigener Band abgetrennt — die neueste Zeit. Das andere Handbuch deutscher Geschichte von Brandt-Meyer, das in der Vorkriegszeit zu erscheinen begonnen hatte, wurde durch Leo Just völlig neu herausgegeben. Wer, wie der Verfasser, noch jene Vorkriegslieferungen besitzt, kann nun interessante Vergleiche ziehen. Auch dieses Handbuch brachte erst kürzlich die allerjüngste Zeit (W. Hofer), bescherte uns aber die umfangreiche, wenn auch wohl etwas zu sehr harmonisierende Darstellung Bismarcks (Bußmann), die man sich doch — trotz des noch handbuchartigen Charakters — kritischer gewünscht hätte. Unschätzbar aber ist die stille und viel zu wenig gewürdigte Wirkung der großen Wörterbücher, die Helmut Rößler und Günter Franz<sup>11)</sup> herausgegeben haben, geduldige, sachliche Berater in allen Fragen deutscher Vergangenheit! Was will damit gesagt sein? Eine Hinwendung der Wissenschaft zur deutschen Vergangenheit setzte in jenen Jahren seit etwa 1954 ein, die in einer Mitte zu gehen versuchte zwischen Anklägern und Apologeten (Dehio). Man hat daher dieser Geschichtsschreibung bis zum aufrüttelnden Winter 1959/60 (Hakenkreuz-Schmierereien) einen unentschiedenen Neutralismus vorgeworfen, Ausklammerung und Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen. Das hat sich bis in die verschiedenen Auflagen der Schulbücher hinein ausgewirkt. Kein Wunder, daß — nationalsozialistische Ideologie hinter uns, kommunistische gegen uns und neben uns — man befürchtet, eine Forderung nach einem „deutschen Ge-

10) Adolf Grote: Die beschönigte Katastrophe. In: Deutsche Rundschau 1955.

11) Helmut Rößler und Günter Franz: Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte. München 1953 — Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte. München 1958 und schon vorher: Günter Franz: Bücherkunde zur deutschen Geschichte 1951.

schichtsbilde“ sei ideologisch oder nationalistisch gemeint. Was aber sehen wir? Seit ich (1957/58 letztes Heft von „Die Welt als Geschichte, 1958 „Die Sammlung“ und „Parlament“) aus der Sorge des politischen Pädagogen einen consensus für einen Kernbestand an „Tatsachen der deutschen Geschichte (Barraclough) forderte, ist trotz aller Kritik eine „Deutsche Geschichte“ nach der anderen erschienen und zwar durchweg für das interessierte Leserpublikum breiter Kreise und den gebildeten Laien. Ich nenne — auf die Gefahr hin, doch noch jemanden zu vergessen — die Werke von Wilhelm Treue, Hans Erich Stier, Golo Mann, Michael Freund, Hajo Halborn, Veit Valentin, Paul Sethe und Wilhelm Mommsen — eine Skala, die von der nationalen bis zur äußersten liberalen Seite reicht, darunter Universitätshistoriker, Journalisten höchsten Niveaus und auch beides in einem. Dabei sind auch solche aufgeführt, die nur einen Teilabschnitt behandeln, aber doch von deutscher Geschichte sprechen (z. B. Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts). Aber auch ausländische Historiker wie Barraclough gehören in diese Reihe, neuerding Ralph Flenley, mit seinem Buche „Modern German History“ (London 1959). Flenley, der für Studenten und

weitere Kreise ein kenntnisreiches Werk verfaßt hat — nach der Rezension durch Werner Frauendienst<sup>12)</sup> —, macht Bismarck, trotz der Kritik an ihm, doch zum Maßstab aller Politik bis 1918 und bringt trotz mancher Überschätzungen wie beim Pangermanismus die Bemerkung: „This did not mean that the majority of the German people were conciously militaristic“. Der Rezensent schreibt zum Schluß: „Aus seinem Buch steigt ein klares deutsches Geschichtsbild empor, zu dem wir uns bekennen dürfen.“ (Hat also ein Engländer ein „klares deutsches Geschichtsbild“ — und sollten wir Deutsche es nicht anstreben dürfen?) Die Tatsache, daß drei große (und auch teure) Werke in bekannten Buchgemeinschaften erschienen sind, mag doch zur Genüge erweisen, daß ein breites Interesse an „deutscher Geschichte“ vorliegen muß. Ist das „taedium historiae“, ist der „Verlust der Geschichte“ überwunden? Müssen wir uns neue restaurativ-nationalisierende Tendenzen zum Vorwurf machen lassen? Das ist zumindest nicht möglich angesichts solch radikal kritischer Darstellung wie bei Michael Freund oder solch liberaler wie bei Golo Mann oder Veit Valentin, dem hervorragenden Darsteller der deutschen Revolution von 1848!

(HGL) im „Parlament“ (18. 1. 61), man frage sich, ob überhaupt noch recht getan wird, eine „Deutsche Geschichte“ zu schreiben, aber es sei dem Verfasser zu danken, daß er sie stets im europäischen Zusammenhang dargestellt habe. Ähnlich bemerkt Herbert Grundmann im Vorwort zu Band III von „Gebhardts Handbuch der Deutschen Geschichte“, es „regte sich sogar der Zweifel, ob eine gesonderte Behandlung nur der deutschen Geschichte von der Frühzeit bis zur Gegenwart uns noch möglich und zu rechtfertigen sei. Denn weder als Volk noch als Staat haben die Deutschen eine stetige, von ihrem Nachbarn deutlich abgegrenzte und durch die Jahrhunderte kontinuierlich zusammenhängende Geschichte.“

Jedoch ist zunächst unser Standort noch der deutsche, sofern wir von 1945 ab rückwärts schauen. Von da aus, von dieser unserer und damit der europäischen Mitte aus sehen wir unser und das Schicksal der europäischen Völker. Seien wir aber froh, wenn der historische Sinn unserer Schüler sich, von der Heimat ausgehend, auf das deutsche Geschick richtet und von da, soweit möglich, zu den Nachbarn findet. Mehr werden wir z. T. auch im Gymnasium nicht erreichen. — Die „Ranke-Gesellschaft“ hat kürzlich mit der Herausgabe einer Schriftenreihe „Studien zum Geschichtsbild“ begonnen. In der Ankündigung heißt es: „Die Klärung des Geschichtsbildes hat in den stürmischen Wandlungen unseres Jahrhunderts eine eminente Bedeutung gewonnen. Hinaus über die nur chronistische Erfassung — ohne die Geschichte nicht erforscht werden kann — bedürfen wir in der Betrachtung der Vergangenheit der Gestaltung überschaubarer „Bilder“. „Freilich: im Begriff des Bildes, wie im Begriff der Ausschauung ist neben dem kontemplativen auch ein produktiv-aktives Element enthalten. Gegenüber der Vorherrschaft politischer Ideologien aber wollen wir uns in diesen Heften darum bemühen, im Geiste Rankes der Geschichtsschreibung zu dienen, welche in gleicher Weise die Idee der Wahrheit und der Gerechtigkeit umfaßt.“ (Ankündigung des Muster Schmidt-Verlags).

## Geschichtsunterricht und politische Mitbestimmung

Nützen wir diese Chance! Das „Interesse an der Geschichte“, das Wittram so feinsinnig abgehandelt hat, und der Wille zur Beschäftigung mit dem Bestand an Tatsachen ist offensichtlich erwacht. Aber nehmen wir es doch den Deutschen im Jahre 1961 nicht übel, wenn sie zunächst einmal ihre eigene so verworrene Vergangenheit zu verstehen suchen! Jetzt müßte die kritische Aufarbeitung in ihre eigentliche schöpferische Phase treten. Was in den ersten Jahren nach 1945 nur Anklage und Einreißen war, was in den 50er Jahren allzu beschönigend und ausklammernd wurde, kann jetzt, nachdem der Hunger nach Tatsachen geweckt werden kann, durch eine Fülle von Spezialuntersuchungen an den zugänglich werdenden Quellen zur kritischen Darstellung werden. Dieses erschlossene Material darf aber nicht wie im 19. Jahrhundert in den abgeschlossenen Kreisen einer Bildungsschicht steckenbleiben, sondern muß allen Bürgern unseres Staates im Rahmen der allgemeinen Volksschulbildung zugänglich gemacht werden. Psychologische Schwierigkeiten

müssen durch didaktische und methodische Aufbereitung des Stoffes weggeräumt werden. Der junge Bürger unseres Staates hat auf Grund unserer Verfassung einen Anspruch auf die Übermittlung einer vollen geschichtlichen Überlieferung, um sich seine Grundbegriffe und Voraussetzungen für spätere politische Urteilsfindung zu schaffen. Da liegen Aufgaben für unsere Lehrerschaft, der allgemeinen Volks- und auch Erwachsenenbildung, die von großartiger politischer Bedeutung sind. Man darf sich ihnen nicht entziehen<sup>13)</sup>.

Aber wir können nur — es sei wiederholt — eine „deutsche Geschichte im europäischen Zusammenhang“ schreiben und lehren.

Das scheint auch durchweg erkannt oder anerkannt zu werden. So schrieb der Rezensent von Wilhelm Treues deutscher Geschichte

12) In: Das Historisch-Politische Buch. Jg. 8 (1960) S. 263.

13) Vgl. dazu meinen Mainzer Vortrag über „Der Anteil der Volksschule an der Bewältigung der jüngsten Vergangenheit“ jetzt in: Geschichtsbild und geschichtliche Bildung. Beltz-Weinheim 1961.

### Anmerkungen:

Wolfgang Schlegel, Dr. rer. cult., geb. am 8. Sept. 1912 in Braunschweig. Seit 1936 im Schuldienst (mit Unterbrechung der Kriegszeit) an Volks-, Mittel- und Höheren Schulen; seit 1. 10. 1958 Dozent für Geschichte, politische Gemeinschaftskunde und Ostkunde an der Pädagogischen Hochschule Kaiserslautern. Veröffentlichungen: Nietzsches Geschichtsauffassung 1937; Geschichtsunterricht in der Volksschule 1960; Geschichtsbild und geschichtliche Bildung als volkspädagogische Aufgabe 1961; Handbuch für den Geschichtsunterricht an Volks- und Realschulen, Bd. II, 1961.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung, Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

---

---

# POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Waldemar Besson: „Franklin D. Roosevelt, der New Deal und die neuen Leitbilder der amerikanischen Politik“
- Walter Bußmann: „Der deutsche Reichs- und Nationsgedanke im 19. und 20. Jahrhundert“
- Indira Gandhi: „Indien heute“
- Charles de Gaulle: „Memoiren“
- Hans Friedrich Reck: „Die indischen Parteien“
- Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik der Sowjetwirtschaft“
- Egmont Zechlin: „Separatfriedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche zur Ausschaltung Rußlands im 1. Weltkrieg“ (II. Teil)
- \* \* \* Der Ostblock und die Entwicklungsländer
- 
-